

## Parteien vernachlässigen die private Altersvorsorge

**Die Programme, mit denen die Parteien zur Bundestagswahl antreten, besitzen einen blinden Fleck: Die private Altersvorsorge kommt darin so gut wie nicht vor. Während Vorschläge für die gesetzliche Rente, die den Beitrags- und Steuerzahler Milliarden kosten würden, in großer Zahl zu finden sind, muss man Reformideen für die dritte Säule der Alterssicherung mit der Lupe suchen.**

Diese Einschätzung trifft der Maklerverbund Apella AG in Neubrandenburg nach einer Analyse der Wahlprogramme. „Die Politiker vernachlässigen die private Altersvorsorge“, erklärt Guntram Schloß, Vorstandsvorsitzender der Apella AG. „Nachdem in der zurückliegenden Legislaturperiode der Gesetzgeber etliche Veränderungen für die gesetzliche Rente und die betriebliche Altersversorgung beschlossen hat, ist nun endlich die private Altersvorsorge an der Reihe. Zu dieser Einsicht sind die Parteien aber noch nicht gelangt.“

So finde man allenfalls Vorschläge für ein neues staatlich organisiertes Altersvorsorgeprodukt, das in Konkurrenz zu den bisherigen Angeboten für das Alters-Sparen mit Hilfe von Investmentfonds und Versicherungen treten würde, oder sogar den Vorschlag, die Riester-Rente in die gesetzliche Rentenversicherung zu überführen. „Damit befinden sich die Parteien auf dem besten Wege, die beachtlichen Ergebnisse, die beim Aufbau einer ergänzenden privaten Altersvorsorge seit der Jahrtausendwende erreicht wurden, wieder zu zerstören“, warnt Schloß. Stattdessen sollte an das Erreichte angeknüpft werden.

Die Apella AG bringt einige Vorschläge in die öffentliche Diskussion ein, wie die Bedingungen für die private Altersvorsorge verbessert werden können. So schlägt das Unternehmen eine Förderung der Investmentkultur in Deutschland vor. „Die Bevölkerung muss viel mehr an der Wertsteigerung der Unternehmen teilhaben können. Daraus vor allem erwachsen Chancen für größeren Wohlstand“, fordert Guntram Schloß. Dafür müsste der Staat gar kein neues Geld in die Hand nehmen, es würde zum Beispiel schon helfen, wenn die gesetzlich vorgeschriebene Bruttobeitragsgarantie bei der Riester-Rente abgeschafft wird. Das böte den Anbietern von Riester-Verträgen die Möglichkeit, stärker in ertragreichere Sachwertanlagen wie Aktien zu investieren.

„In anderen Ländern, wie den USA zum Beispiel, wird Aktienfondssparen gezielt gefördert, in Deutschland errichtet der Staat per Gesetz eine Barriere gegen größere Aktienanteile in der geförderten Altersvorsorge.“ Da sei Deutschland schon einmal weiter gewesen, wenn man sich die Bedingungen für die vermögenswirksamen Leistungen anschau. Dort ist bei der Anlage in Fonds ein Mindestanteil mit Aktien vorgeschrieben.

Eine zweite Forderung der Apella AG ist die Einführung eines säulenübergreifenden Online-Rentenkontos, mit dem jeder Bürger seine künftigen Alterseinkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen Altersversorgung und der privaten Vorsorge zusammengefasst sehen kann. „Nur wer den Überblick hat, trifft auch die richtigen Entscheidungen für seine Vorsorge“, stellt Schloß fest. In anderen Ländern, wie zum Beispiel Schweden, gebe es ein solches Rentenkonto schon seit Jahren. Deutschland dagegen komme damit nicht voran.

**Pressekontakt:**

Pressestelle

Telefon: 0395 – 571 909 0

E-Mail: [info@apella.de](mailto:info@apella.de)

**Unternehmen**

Apella AG

Friedrich-Engels-Ring 50

17033 Neubrandenburg

Internet: [www.apella.de](http://www.apella.de)

**Über Apella AG**

Der 1993 gegründete Maklerpool betreut rund 4.000 angeschlossene Berater und verwaltet im Bereich Investmentfonds knapp 850 Millionen Euro.